

## Bayreuther Unterbezirks-Parteitag 07.03.2015 in Bindlach

### UB-Vorsitzende mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt

Anette Kramme, MdB und Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Arbeit und Soziales wurde als Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Bayreuth (Stadt und Land) im Amt bestätigt. Ebenso ihre beiden Stellvertreter der Pegnitzer Karl Lothes und der Bayreuther Roland Dörfler. Wiedergewählt wurde auch der Kassier Peter Paul Wetscherek aus Bayreuth. Neuer Schriftführer wurde der Heinersreuther Manfred Präcklein, der auch souverän und rasch die 16 schriftlichen Wahlgänge durchzog.



Die wiedergewählte Unterbezirksvorsitzende Anette Kramme. Hier auf der Kreuzer Kerwa mitten im Wahlkampf am 1. September 2013 bei der Begrüßung von Frank-Walter Steinmeier. Sie tritt übrigens gemeinsam mit dem SPD-Landesvorsitzenden Florian Pronold auf bei der Regionalkonferenz: DIE SPD REGIERT. DAS LAND KOMMT VORAN am 13. März 2013 um 19.00 Uhr im Gasthof Hotel Opel, Lindig 2, in Himmelkron.

Gewählt wurden ferner Organisationsleiter, Presse-, Bildungs- und Seniorenbeauftragte, Revisoren sowie 19 Beisitzer des Vorstands und die Delegierten zum Bezirks-, Landes- und Bundesparteitag. Die Zeiten des Auszählens der Wahlkommission überbrückte der Strullendorfer Andreas Schwarz, seit 2013 SPD-Bundestagsabgeordneter für die Region Bamberg, Forchheim und Coburg. Als Betriebswirt und Unternehmer ist er Mitglied im Finanzausschuss und zuständig für Ratingagenturen und Verbrauchssteuern.

Hier die interessantesten Punkte aus seinen Ausführungen

- Wolfgang Schäuble hat sein Ministerium völlig im Griff. Es geht nur heraus, was in seinem Sinne ist. Bis vor kurzem handelte er autonom, hat sich nicht geschert um seine Partei, insbesondere um die Haushälter der Unionsfraktion, aber auch nicht, was Frau Merkel wollte. So hat er unter anderem im letzten November das Investitionspaket gegen die Konjunkturflaute mit zehn Milliarden Euro für die Jahre 2016 bis 2018 aus dem Hut gezaubert, wo vorher keiner wusste, dass das Geld vorhanden ist und wo es her kommt - auch nicht die Kanzlerin.
- Es war Schäubles Idee, den Solidaritätszuschlag nach dessen Auslaufen im Jahr 2019 in die Einkommenssteuer einzubauen. Immerhin geht es um einen Betrag zwischen 15 und 18 Milliarden Euro jährlich, der auch künftig für Infrastrukturmaßnahmen und Bildung dringend ge-

braucht wird. Jetzt ist er aber davon abgerückt und der „Soli“ soll bis zum Jahr 2030 (!) stufenweise abgebaut werden. Die „temporären Freunde“ in den Unionsparteien wollen auf keinen Fall als Steuererhöhungspartei sondern als „Steuerreduzierer“ dastehen. Und die SPD soll in der Öffentlichkeit als die Partei dargestellt werden, die den Soli behalten will. Dabei gehen bis Ende 2030 noch vier Bundestagswahlen ins Land.

- Eigene Finanz- und Steuerkonzepte sucht man bei der Unionsfraktion vergeblich. Dabei bringen „die temporären Freunde“ als Erfüllungsgehilfen ungeniert und offen schriftliche Verbandsvorschläge aus der Wirtschaft als eigene in die Regierungsarbeit ein.
- Aufschlussreich waren auch die Ausführungen zu den Steuersparplänen von Wolfgang Porsche anlässlich seiner Übersiedlung nach Österreich, die im März 2014 durch die Presse gingen → bitte selbst googeln.
- In Steuersachen gingen im Jahr 2014 insgesamt 35.000 Selbstanzeigen ein. Denn ab 2015 wurde die „Strafbefreite Selbstanzeige“ drastisch verschärft. So wurde für die Straffreiheit die Zahl der nachzuzahlenden Steuerjahre von bisher fünf auf zehn verdoppelt und gleichzeitig die Straffreiheitsgrenze von 50.000 Euro auf 25.000 Euro halbiert. Diesen Steuerbetrag rückgerechnet bei angenommen 2% Zinsen ergibt immerhin ein Vermögen von fünf Millionen Euro. Auf den fälligen Steuerbetrag kommt ab einem Betrag über 25.000 Euro ein gestaffelter Strafzuschlag, der zwischen 5% und 20%, ab einer Million Euro Steuerbetrag, liegt. Die Unionsfraktion wollte anfangs überhaupt nichts ändern, sondern alles beim Alten lassen. Allerdings waren sich die 16 Bundesländer über alle Parteigrenzen hinweg einig. Und so wurde erstmals dein ungeschriebenes „ehernes Gesetz“ gebrochen. Es lautete, dass ein Entwurf nie als Gesetz so aus dem Hohen Haus herauskommt, wie es reinging. Erstmals kam der Entwurf als fertiges Gesetz unverändert nach der dritten Lesung ins Bundesgesetzblatt.

### **Ein Grußwort mit Perspektiven aus dem Unterbezirk Hochfranken (Hof/Wunsiedel)**

Jörg Nürnberger, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion Wunsiedel, berichtete über die sogenannten elf Pluspunkte gemeinsamen Handelns zur Regionalentwicklung, die seine Fraktion im Kreistag eingebracht hat. Bekanntlich ist Wunsiedel der Landkreis im Freistaat mit der ungünstigsten Zukunftsprognose, eines massiven Bevölkerungsrückgangs durch Sterbefälle und Abwanderung. Mit im Boot ist schon die SPD Hof-Land und man ist im Gespräch mit dem SPD-Kreisverband Kronach. Jörg Nürnberger richtete das Angebot auch an die Bayreuther Kreistagsfraktion.

Er sieht die SPD als den Vorreiter für eine positive Entwicklung. Der Druck auf die Staatsregierung muss durch gemeinsame Initiativen weiter verstärkt werden, damit den Lippenbekenntnissen der Staatsregierungen für den ländlichen Raum auch Taten folgen, die vorhandenen Potenziale zu fördern. Jörg Nürnberger lobte dabei ausdrücklich den Einsatz von Christoph Rabenstein, MdL, als stellvertretenden Vorsitzenden der Enquête-Kommission des Bayerischen Landtags „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“. Die Kommission nahm letztes Jahr ihre Arbeit auf. Sie ist ein Erfolg der Landtagsopposition, denn sie hat sich zum Ziel gesetzt, unter Mitwirkung von Fachleuten, konkrete Handlungsanweisungen für die Staatsregierung zu entwickeln.

März 2015

Albrecht Diller